

Heino Falcke

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Ziele und Strategien bei den Konsultationen mit dem Raad van Kerken in den Niederlanden (1979–1990)

Initiativen zu ostdeutsch-niederländischen Kirchenkonsultationen

Mitte der siebziger Jahre setzte eine Reihe von Konsultationen zwischen den Kirchen der DDR und der Niederlande ein. Diese Konsultationen hatten die Gestalt wechselseitiger Kirchenbesuche und wurden durch eine Initiative des niederländischen Raad van Kerken im Juni 1981 zu einer Reihe von drei Friedenskonsultationen weiterentwickelt, die in den Jahren 1982, 1984 und 1985 stattfanden. Eine zweite Konsultationsreihe erwuchs aus der Arbeitsgruppe ‚Kirche und Gesellschaft‘ des Ökumenischen Rates, in der Dr. Harry M. de Lange für die Niederlande sowie Dr. Günther Scholz für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und seit 1974 auch ich selber mitarbeiteten. Die Arbeitsgruppe entwarf ein Programm für eine „gerechte, partizipatorische und zukunftsfähige Gesellschaft“ und bereitete für das Jahr 1979 die Weltkonferenz zum Thema *Glaube, Wissenschaft und die Zukunft* in Boston vor.¹ Bei der Zusammenkunft in Erfurt 1978 ergriffen Dr. de Lange und ich zusammen mit Oberkirchenrätin Christa Lewek die Initiative zu bilateralen Konsultationen zu diesem Themenkomplex zwischen dem Raad van Kerken und dem BEK. Beide Kirchen stimmten der Zusammenarbeit zu und beauftragten ihre Ausschüsse für Kirche und Gesellschaft, die dann 1979 mit jährlichen ostdeutsch-niederländischen Konsultationen begannen.² Aus diesem Kreis ging 1985 die Anregung hervor, den von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1983 in Vancouver beschlossenen „Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit,

¹ Die vollständige Bezeichnung des Programms wurde 1974 in Bukarest erarbeitet, von der Vollversammlung in Nairobi 1975 beschlossen und hieß: „just, participatory, self-reliant and sustainable society“. Mit diesem Programm nahm der Ökumenische Rat die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Schwerpunkten Ökologie und Energie auf und bearbeitete sie in ihrer Verzahnung mit wirtschafts- und entwicklungspolitischen Fragen.

² Die Konsultationen fanden von 1979 bis 1990 mit Ausnahme von 1983 und 1986 jährlich statt, und zwar abwechselnd in den Niederlanden und in der DDR. Als ständige Mitglieder gehörten dazu: Paul van Dijk, Bob Goudzwaard, Anton Houtepen, Harry de Lange und Hans Linnemann für die Niederlande sowie Heino Falcke, Wolf-Dieter Graewe, Dieter Kahle, Christa Lewek und Gerhard Violet für die DDR.

Frieden und Integrität der Schöpfung“ zum Rahmen und Thema unserer zwischenkirchlichen Arbeit zu machen und die beiden Konsultationsreihen zusammenzulegen. Dies wurde ab 1987 in die Praxis umgesetzt.

Welche Zielsetzungen und Strategien wurden bei den Konsultationen mit der niederländischen Kirche verfolgt?³

Zunächst sollen jene Konsultationen analysiert werden, die sich im Zeitraum von 1982 bis 1985 in der Endphase des nuklearen Abschreckungskonfliktes zwischen Ost und West mit der Friedensfrage befaßten. Anschließend ist die zweite Konsultationsreihe zu untersuchen, die im Zeichen der Thementrias des Konziliaren Prozesses Fragen der Wirtschaftskonzepte, der Entwicklungspolitik und der Ökologie aufgriff.

Die Konsultationen zur Friedensfrage

In einem deutlich wachsenden Konsens verbündeten sich beide Kirchen zu der Zielsetzung, das nukleare Abschreckungssystem im Ost-West-Konflikt als ‚System‘ zu überwinden und für den Aufbau eines alternativen Sicherheitssystems zu arbeiten, das auf dem Gedanken der „gemeinsamen Sicherheit“ bzw. „Sicherheitspartnerschaft“ beruhte und im Helsinki-Prozeß angelegt war. Auch in der Entscheidung der Hervormde Kerk, diesem Ziel durch die Unterstützung unilateraler, vertrauensbildender Abrüstungsschritte (Denuklearisierung der Niederlande) zu dienen, kam es nach anfänglicher Zurückhaltung des BEK zu Konsens und Kooperation.

Unter strategischen Gesichtspunkten betrachtet erwies sich das Zusammenspiel beider Kirchen über die Grenze der Blockkonfrontation hinweg als sehr bedeutsam, weil Abbau der Abschreckung und Aufbau gemeinsamer Sicherheit nur beidseitig voranzubringen waren. Das Zusammenspiel beider Kirchen gewann dadurch zusätzlich an Bedeutung, daß BEK und Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in der Frage der Raketenstationierung unterschiedliche Positionen vertraten. Strategisch bedeutsam war auch, daß beide Kirchen auf der Ebene des Ökumenischen Rates kooperierten.⁴

Zum Dissens kam es in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in der von niederländischer Seite gestellten Frage, ob die Arbeit für den Frieden nicht mit der Verwirklichung der Menschenrechte verbunden werden müsse, in Osteuropa konkret mit den Freiheitsrechten dissentierender, auf Systemveränderung drängender Gruppen und Bewegungen; der niederländische Interkerkelijk Vredesberaad (Interkirchlicher Friedensrat, IKV) bestand auf der Aufnahme von Kontakten zu diesen Gruppen. Demgegenüber vertrat der Kirchenbund die Position, daß die Friedensarbeit im Ost-West-Konflikt die Machtfrage nicht antasten dürfe, Systemwandel in der DDR nur durch die Regierung in Gang kommen und von der Kirche lediglich durch eine Politik von Gesprächen mit der Regierung gefördert werden könne.

³ Ich stütze mich dabei auf die Akten und Aufzeichnungen, die in meinem Besitz sind und durch eine Zusendung von Wolf-Dieter Graewe ergänzt wurden.

⁴ Als Stichworte seien in diesem Zusammenhang das Treffen von Boston 1979, das Amsterdam-Hearing 1981, Vancouver 1983 und der Konziliare Prozeß genannt.

Durch Gorbatschows Politik seit 1985 wurden die Intentionen und Aktionen des IKV in Osteuropa politikfähig. In der DDR kam es seit 1987 zu einem eskalierenden Konflikt zwischen Staatsmacht und oppositionellen Gruppen, in dem die Kirche – mehr oder weniger verunsichert – zu vermitteln suchte. In der Herbstrevolution von 1989 schließlich kamen die beiden Themen von Frieden und Menschenrechten zusammen. Sie äußerten sich in Gewaltfreiheit und der Forderung nach Demokratisierung und führten im Resultat nicht zur Reform, sondern zum Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus und damit zum Ende des Ost-West-Konfliktes.

Wie nun sah vor dem Fall der Mauer die Friedensarbeit zwischen ostdeutscher und niederländischer Kirche aus, worin kam auf diesem Gebiet Konsens zwischen den beiden Kirchen zum Ausdruck?

Im Kommuniqué der Konsultation von 1982 in Amersfoort wurde die Beziehung des Kirchenbundes zur niederländischen Hervormde Kerk als „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ bezeichnet, also mit jenem Begriff, mit dem der Kirchenbund die Gemeinschaft der in ihm vereinten Landeskirchen zu benennen pflegte. War diese Bezeichnungsweise Ausdruck ökumenischer Euphorie? Immerhin gab es in der Friedensfrage seit Anfang der sechziger Jahre eine deutlich erkennbare Nähe zwischen beiden Kirchen. Die Hervormde Kerk hatte 1962 den Einsatz von Kernwaffen kategorisch abgelehnt. 1979 erweiterte sie ihre Ablehnung auf die nukleare Abschreckung und nahm die Initiative des IKV von 1977 für eine Denuklearisierung der Niederlande auf.⁵ In der DDR verabschiedete die Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) 1965 die *Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen*.⁶ In diesem Papier gingen wir durch eine kritische Analyse der Eskalationsdynamik des Abschreckungssystems über die Heidelberger Thesen von 1959 hinaus und kamen zu einer klaren Präferenz für die Verweigerung von Waffen- und Wehrdienst. In den achtziger Jahren arbeitete sich der Kirchenbund dann in einem schrittweisen synodalen Beratungsprozeß zu der bekennnishaften *Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung* vor.⁷

Auch in friedentheologischer Hinsicht gab es eine deutliche Nähe zwischen beiden Kirchen. Beide betrachteten die politische Friedensverantwortung als integralen Teil des Christuszeugnisses und Glaubensgehorsams der Kirchen. Dies wurde auch im „Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden

⁵ M. GEIGER/H. OTT/L. VISCHER (Hrsg.), *Kirche, Krieg und Frieden. Eine kirchliche Stellungnahme zur Atomwaffenfrage*, in: *Polis 16 Evangelische Zeitbuchreihe*, Zürich 1963. H.-U. KIRCHHOFF (Hrsg.), *Kirche und Kernbewaffnung. Materialien für ein neues Gespräch über die christliche Friedensverantwortung. Die Handreichung der Nederlands Hervormde Kerk*, Neukirchen 1981. DERS., *Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung. Brief, Erläuterung und Bericht*, Neukirchen 1982.

⁶ *Zum Friedensdienst der Kirche. Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen*, in: J.E. CHRISTOPH (Hrsg.), *Kundgebungen, Worte, Erklärungen und Dokumente der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 2: 1959–1969, Hannover 1994 S. 202–219.

⁷ BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR (Hrsg.), *Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987*, Berlin 1989, S. 247–257.

und Integrität der Schöpfung“ des ÖRK wirksam. Beide Kirchen führten fast zeitgleich in ihren Ländern Konziliare Prozesse durch.⁸

In einem Brief vom Juni 1981 an die KKL ergriff der Raad van Kerken die Initiative für eine Zusammenarbeit beider Kirchen, die dem Ausstieg aus dem eskalierenden Abschreckungssystem dienen sollte. In Ost-Berlin tat man sich mit der Antwort merkwürdig und auffallend schwer. Besonders die einseitige Abrüstungsinitiative der Niederländer schien auf Vorbehalte zu stoßen.⁹ Der Vorgang spiegelte die Differenzen innerhalb des Kirchenbundes wider. Vielleicht kann man sogar sagen, daß die „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ zwischen denen, die die Kooperation zwischen den beiden Kirchen betrieben, enger war als innerhalb der Kirchen.

Die drei Kommunikés der Konsultationen von 1982, 1984 und 1985 reflektieren den wachsenden Konsens in der Zielsetzung. 1982 wurde noch vorsichtig und relativ verschlüsselt die Frage formuliert: „Welche Alternativen zu militärischen Sicherheitskonzeptionen sind ohne Negierung legitimer Sicherheitsbedürfnisse möglich? Wie sind Vorschläge zu unilateraler und multilateraler Abrüstung zusammen zu bringen?“ Die Kooperation beider Kirchen wurde mehrfach betont in den Rahmen des ÖRK gestellt, der von der DDR-Regierung akzeptiert war. Im Februar 1984 sprach das Kommuniké deutlich davon, daß die „innere Dynamik des Abschreckungssystems [...] zur Grundbedrohung“ geworden sei, beide Kirchen „eine Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ ausgesprochen haben und für das alternative Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ eintreten würden. Als besonders brisant wurde damals eingeschätzt, daß die Delegation des Kirchenbundes die Niederländer ausdrücklich in ihrer unilateralen Kampagne zur Denuklearisierung der Niederlande bestärkt und sie als Hilfe beim Eintreten gegen die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der DDR bezeichnet hat.¹⁰ Dies wurde 1985 noch einmal unterstrichen. Der Konsens über Abrüstungsschritte wurde hier konkreter formuliert und die Durchsetzung der Schlußakte von Helsinki „im unlösbaren Zusammenhang ihrer Teile“ ausdrücklich betont. Was machte den Konsens und die Kooperation beider Kirchen so bedeutsam?

Beide Seiten beschäftigte die Frage, wie sich Eigenständigkeit und Interdependenz des Friedensengagements zueinander verhalten. Über die selbstverständliche kontextuelle Eingebundenheit des jeweiligen Handelns hinaus war „Eigenständigkeit“ für den Kirchenbund insofern ein Politicum, als der DDR-Staat die Blockkonfrontation als „Klassenkampf“ zwischen Sozialis-

⁸ In der DDR ging es um die *Ökumenische Versammlung* (1988 und 1989, mit einer Vorbereitungsphase seit 1987), in den Niederlanden wurde als Motto *Ein Bund für das Leben* gewählt (1988–1990).

⁹ Ich war (als Mitglied der KKL und als Vorsitzender des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“) mit einer ersten vorläufigen Antwort beauftragt worden und hatte dann Korrekturvorschläge zu dem ersten, beinahe abweisenden Entwurf einer Antwort zu machen. Erst im Januar 1982 wurde der Brief beantwortet.

¹⁰ Siehe *Epd-Ausgabe für kirchliche Presse*, Nr. 9 vom 29.02.1984; Kommentar von Reinhard Henkys über *Kirchliche Übereinstimmung DDR – Holland* (Kopie im Besitz des Autors).

mus und Imperialismus interpretierte und sich die Kirche gegen den Verdacht zu wehren hatte, vom „Klassenfeind“ beeinflusst, ja dessen „fünfte Kolonne“ im eigenen Land zu sein. Darum betonte der Kirchenbund den Aspekt der Eigenständigkeit. Aus demselben Grund aber war es für ihn wichtig, im Westen Partner zu haben, die dort deutlich und nachdrücklich für Abrüstung eintraten. Das korrespondierende Engagement von West-Kirchen half dem Kirchenbund, glaubwürdig zu machen, daß sein eigenes Engagement im Bereich der Abrüstung nicht die Schwächung des „sozialistischen Lagers“, sondern Kriegsverhütung und Frieden bedeutete.¹¹ Die Hervormde Kerk ihrerseits machte deutlich, daß ihre unilaterale Kampagne zur Denuklearisierung der Niederlande zum Scheitern verurteilt sei, wenn sie isoliert bliebe – vor allem, wenn sie auf der östlichen Seite nicht aufgenommen würde.¹²

Die interdependente Partnerschaft zwischen beiden Kirchen war umso unverzichtbarer, als sich die EKD an der Ablehnung der Raketenstationierung nicht beteiligte. „Eines unserer größten Probleme ist das Schweigen der westdeutschen Kirchen“, äußerte eine Stimme im IKV.¹³ Darum hatte es besondere Brisanz, als sich im Februar 1984 beide Kirchen – sozusagen über die EKD hinweg – in ihrer Ablehnung der Raketenstationierung wechselseitig bestärkten. Reinhard Henkys schrieb dazu: „Natürlich ist es peinlich, daß zwar zwischen den Kirchen in der DDR und denen der EKD eine verfassungsmäßig festgeschriebene ‚besondere Gemeinschaft‘ besteht, daß zwischen ihnen auch offizielle Konsultationen zur Friedensverantwortung stattfinden, daß aber konkrete Übereinstimmung nicht zwischen ihnen, sondern nur zwischen den Christen in der DDR und den Niederlanden erreicht wurde.“¹⁴

¹¹ Der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi hatte dieses Problem im Blick auf die differierende Haltung der EKD auf den Punkt gebracht, als er sagte: „Ich verstehe, die Kirchen meinen, *im Kommunismus* dürfe man nicht, *auf Kommunisten* aber dürfe man schießen.“ (Hervorhebungen durch die Redaktion)

¹² „Wir wissen, daß im Ausland große Meinungsverschiedenheiten über das, was man eine emotionale Anti-Atomwaffen-Stimmung in den Niederlanden nennt, herrschen. Politiker unserer Nachbarländer sind besorgt, weil sie an unserer Solidarität zweifeln. Wir brauchen Eure Unterstützung, um auch in Eurem Land allen, die es hören wollen, deutlich zu machen, daß das was in den Niederlanden passiert, als das Bestreben nach einem Sicherheitssystem verstanden werden sollte, welches nicht länger auf einer dauernden Bereitschaft zur Massenvernichtung basiert.“ Brief der Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk vom 12.06.1981 an den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Kopie im Besitz des Autors).

¹³ *Junge Kirche*, 11/80, S. 486–491.

¹⁴ Vgl. Anm. 10. Seit 1980 gab es zwischen EKD und BEK regelmäßige Konsultationen. In dem 1982 herausgegebenen Arbeitsbericht war ein weitgehender Konsens zur Überwindung des Abschreckungssystems und zur Sicherung des Friedens „mit anderen als militärischen Mitteln“ formuliert. Gleichwohl kam es 1983 zu Spannungen zwischen EKD und BEK. Sie wurden ausgelöst durch einen Beitrag der Theologischen Studienabteilung beim BEK über Sicherheitspartnerschaft in Europa und durch Auftritte von Vertretern des BEK in der Bundesrepublik, die sich kritisch zur Raketenstationierung äußerten. Ich selbst wirkte in der großen Friedensversammlung

Der eingangs erwähnte Dissens zwischen niederländischer und ostdeutscher Kirche, der die Zusammengehörigkeit von Friede und Menschenrechten und die Einbeziehung der oppositionellen Gruppen betraf, trat 1982 bei der Konsultation in Amersfoort auf. Bischof Werner Krusche, der Leiter der Kirchenbund-Delegation, protestierte dagegen, daß der IKV in einer Pressemeldung die Kontakte zum Kirchenbund in eine Reihe mit den Kontakten zu Solidarnosz und Charta 77 gestellt hatte. Dagegen betonte er: „Wenn Sie Fragen der Abrüstung zusammenbringen mit Fragen notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen in den Ostblockstaaten, dann wird unsere Situation unmöglich.“ Und: „Wir brauchen die Impulse der Basis, die Deckung der Basisgruppen durch die Kirchenleitung bedeutet aber auch eine Grenze.“¹⁵

Der Dissens bestand wohl kaum in der Überzeugung, daß es in der DDR gesellschaftliche Veränderungen geben müsse. Daran arbeiteten wir ja, und auch die von Egon Bahr konzipierte Ostpolitik sprach von „Wandel durch Annäherung“. Der Dissens bestand auch nicht darin, daß für die Vertrauensbildung Liberalisierungen und Realisierungen der Helsinki-Vereinbarungen im Ostblock nötig sind. Der Konflikt war vielmehr strategischer Natur:

- Es darf keine Destabilisierung der Kräfteverhältnisse in Europa geben. Dieses Argument war berechtigt, weil nur unter dieser Bedingung Entspannung und Abrüstung Chancen hatten. Dieses Argument konnte aber auch repressiv mißbraucht werden und jede Veränderungsinitiative erstickten, zumal wenn dahinter ein etatistischer, strukturkonservativer, machtorientierter Friedensbegriff stand.

am Rande des Kirchentages in Hannover und bei der Demonstration der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten mit. Das größte Aufsehen erregte Bischof Johannes Hempel, der anlässlich des Lutherjahres in Worms nicht nur die erwartete „geistliche Anrede“ hielt, sondern sich kritisch zur Stationierung der Pershing-II-Raketen äußerte. Hinzu kam die Initiative der Vancouver-Delegierten des Kirchenbundes für ein Friedenskonzil, die in der Startphase der ÖRK-Vollversammlung in der Öffentlichkeit auf ein Interesse stieß, das bei der EKD-Delegation Unwillen auslöste. Mein öffentliches Auftreten in dieser Angelegenheit in Vancouver wurde durch ein Telegramm aus dem Sekretariat des Kirchenbundes gestoppt. Das Bemühen, die Hintergründe dieses Telegramms aufzuklären, ist bis heute ohne Erfolg geblieben.

In den Konsultationen äußerten Vertreter der EKD, sie seien dadurch beschwert, daß durch die genannten Auftritte von Vertretern des BEK in der Bundesrepublik „auf dem Umweg über die Öffentlichkeit ein Druck ausgeübt wird“. Ich sprach mich für die Notwendigkeit aus, daß wir zur Überwindung des von beiden Kirchen als nicht mehr verantwortbar angesehenen Abschreckungssystems eine gesamteuropäische Friedensbewegung anstreben müßten, und daß die Kirchen dabei mitwirken müßten. Vgl. W. HAMMER/U.-P. HEIDINGSFELD (Hrsg.), *Die Konsultationen. Ein Ausdruck der „besonderen Gemeinschaft“ zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1980 bis 1990 [...]*, Frankfurt a.M. 1995, S. 103, 110, 126, 595 ff.

¹⁵ Ich beziehe mich hier auf meine Notizen über den Bericht, den Bischof Krusche im Propstkonvent der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg gab.

- Die Veränderung kann nur von oben kommen. So setzte die Ostpolitik der Bundesrepublik auf Diplomatie und der Kirchenbund auf seine Regierungsgespräche. Die Spannungen mit den Basisgruppen aber wuchsen.
- Die Veränderungen durften keinesfalls von außen kommen. Wurden die Basisgruppen vom Westen aus gestützt, so lieferte man willkommene Beweise, sie seien vom Westen gesteuerte „feindlich negative Kräfte“.

Mitte der achtziger Jahre wandelte sich die Situation. Ein erstes Anzeichen kam auch damals schon – wie später 1989 – aus Ungarn. Hier organisierte Bischof Caroly Toth eine Konferenz zur „Theologie des Friedens“, zu der er neben Vertretern der westeuropäischen Friedensbewegung wie END¹⁶ und IKV auch Mitglieder von Charta 77 einlud, die freilich nicht kommen konnten (bzw. durften). Aus der DDR erschienen Vertreter des Kirchenbundes, nicht aber der Regionalgruppe der Christlichen Friedenskonferenz, obwohl Toth deren Vorsitzender war. Durch die Politik Michael Gorbatschows seit 1985 konnten sich derartige Veränderungen in Osteuropa beschleunigen. Eine derartige Entwicklung gab es jedoch nicht in der DDR. Die SED-Regierung mauerte nun auch gegen die Perestroika, Kurt Hager sprach dies im Frühjahr 1987 offen aus. Dies hielt Bundeskanzler Kohl nicht davon ab, Erich Honecker in Bonn mit allen Ehren zu empfangen. Innenpolitisch betrachtet gab es im Herbst diesen Jahres einen Veränderungsstau in der DDR und die Konfrontationen zwischen oppositionellen Gruppen und Staatsmacht verschärfen sich. Die Leitungsebenen des Kirchenbundes nahmen eine vermittelnde Haltung ein; dadurch verlor der Bund an Leitungskompetenz, er konnte immer weniger Einfluß nehmen auf die aktuelle Entwicklung im Lande. Die Ökumenische Versammlung, die 1988/89 in Magdeburg und Dresden zusammentrat, gab den Veränderungsgruppen in der Kirche die Chance zu gleichberechtigtem Mitwirken und entwickelte eine Orientierungskompetenz, die direkt in die Herbstrevolution hineinwirkte. Die Bedenken im Kirchenbund gegen diese Entwicklung formulierte Bischof Horst Gienke bei der Konsultation der beiden Kirchen im Januar 1989 in Amsterdam. Es sei eine Schwäche der Kirchenleitungen gewesen, den Konziliaren Prozeß aus der Hand zu geben, es gebe inhaltliche Einwände gegen die Texte der Ökumenischen Versammlung und es bestünde die Gefahr, daß „es zweigleisig wird“, womit offensichtlich das politische Handeln der Kirche gemeint war.¹⁷ Noch im Juni 1989 distanzierte sich die KKL von Demonstrationen der Oppositionellen mit dem Satz: „Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“¹⁸ Im September traten die Oppositionel-

¹⁶ END: European Nuclear Disarmement.

¹⁷ Nach meiner Mitschrift sagte Gienke: 1. Es sei eine Schwäche, daß die Kirchenleitungen den Prozeß für eine entscheidende Phase aus den Händen gegeben hätten. 2. Das Echo der Kirchenleitungen auf die erarbeiteten Dokumente der Ökumenischen Versammlung sei nicht sehr positiv. Es gebe theologische, pragmatische und sachliche Einwände. 3. Der Zeitraum für Reaktionen sei zu kurz. Der Kommunikationsprozeß sei gestört. Es bestehe die Gefahr, daß es zweigleisig werde.

¹⁸ Der zitierte Satz steht in einer Erklärung der KKL, in der sie Verständnis für die Empörung der Demonstranten über die gefälschten Kommunalwahlen äußert und das Anliegen in der Weise ihrer Gesprächsstrategie aufnimmt. Der letzte Abschnitt

len als politische Initiativen und Parteien in die Öffentlichkeit, und die Einheit von Friedensgebeten und Demonstrationen wurde zum spezifischen Profil der Herbstrevolution in der DDR.

Erst jetzt und auf diese Weise fand die Anfang der achtziger Jahre von IKV und Pax Christi in den Niederlanden an den Kirchenbund gerichtete Frage nach den Menschenrechten und der Einbeziehung der Gruppen eine befriedigende Antwort. Sie wurde möglich, weil Gorbatschows Politik Raum für eine Verwirklichung der Freiheitsrechte in einem europäischen Friedensprozeß eröffnete. Die Friedensarbeit der Kirchen in den Niederlanden und in der DDR trug dazu bei, daß dieser Raum im Herbst 1989 gewaltfrei genutzt und freiheitlich gestaltet wurde.

Die Konsultationen zur christlichen Verantwortung für Wirtschaft, Entwicklungspolitik und ökologische Zukunftsfähigkeit

Wie erwähnt ging diese Konsultationsreihe zu wirtschafts-, entwicklungs- und umweltpolitischen Fragen aus der Arbeitsgruppe ‚Kirche und Gesellschaft‘ beim ÖRK hervor. Dessen Diskussion über die Grenzen des Wachstums, die ökologische Krise und die Energieproblematik in Verbindung mit den Fragen der Gerechtigkeit für die Dritte Welt hatten bisher fast ausschließlich zwischen Erster und Dritter Welt stattgefunden. Um auch die Zweite Welt einzubeziehen, führte die Arbeitsgruppe 1974 die Konferenz *Wissenschaft und Technik für menschliche Entwicklung* bewußt in Bukarest durch. Dies ermöglichte auch einigen Delegierten des Kirchenbundes die Teilnahme, und damit begann eine intensive Arbeit von dessen Ausschuß für Kirche und Gesellschaft an diesen Fragen. Im Zusammenhang mit der Weltkonferenz des ÖRK zum Thema *Glaube, Wissenschaft und die Zukunft* (1979) gelang es uns, die Umweltproblematik in der DDR diskutierbar zu machen, obwohl dort ökologische Fragen offiziell tabuisiert waren. Sie waren es, gerade weil das forcierte Wirtschaftswachstum, mit rückständiger Technologie betrieben, schier unlösbare Umweltprobleme verursachte. Das ÖRK-Programm diente uns somit als Trojanisches Pferd, um die Tabuisierung aufzubrechen.

Auch die Verabredung in Erfurt 1978, bilaterale Konsultationen zu dieser Thematik zwischen dem Raad van Kerken und dem Kirchenbund ins Leben zu rufen, sollte der Einbeziehung der Zweiten Welt in das Arbeitsprogramm des Ökumenischen Rates dienen. Darum strebten wir auch an, marxistische Wissenschaftler in unseren Dialog einzubeziehen. Dieses Ziel war DDR-

lautet: „Wir bitten Gemeindeglieder und Mitarbeiter unserer Kirchen, ihre Anfragen sachlich vorzubringen, damit immer deutlich bleibt, daß wir aus der Mitverantwortung für das Ganze, in die uns unser Glaube stellt, reden und handeln. Dazu gehört die Entschiedenheit ebenso wie Umsicht. Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche. Auch der Einsatz für Wahrheit und Wahrhaftigkeit muss in der Liebe geschehen.“ Ich habe diesen Absatz Ende Juni in der Synodaltagung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen kritisiert. Vgl. G. REIN, *Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch*, Berlin 1990, S. 142 f.

intern schwer zu erreichen, im Rahmen der Ökumene aber gelang es zwei Mal, einen Umwelt- und einen Entwicklungsexperten des Berliner Instituts für internationale Politik als Gesprächspartner zu gewinnen.¹⁹

Die Konsultationen standen unter der Leitfrage, was die Kirchen in den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen tun können, um von den verschiedenen Ausgangspunkten her dem Ziel einer gerechten, partizipatorischen und ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft näherzukommen.

In das Gespräch über Ökonomie und Ökologie brachten die Niederländer einen Entwurf über das Thema *Die Ökonomie des Genug* ein, während wir eine Ausarbeitung über *Verantwortung der Christen in einer sozialistischen Gesellschaft für Umwelt und Zukunft des Menschen* einbrachten. Grundlegend für die Diskussion der ökologischen Fragen war der Austausch über das sozialistische und das kapitalistische Wirtschaftssystem, die gegenseitigen Informationen hierzu nahmen bei den Begegnungen einen breiten Raum ein. Der Austausch ergab, daß weder die sozialistische Planwirtschaft (wegen ihrer notorischen strukturellen Schwäche) noch die Marktwirtschaft (wegen mangelhafter ökologischer Rahmenbedingungen) den ökologischen Herausforderungen gerecht wird. Für die sozialistische Planwirtschaft wurde die Frage offengelassen, „ob der Primat der Politik über die Wirtschaft zu kritisieren ist, oder der Primat einer *besseren* Politik zu wünschen wäre.“²⁰ Natürlich traten wir systemimmanent kritisch für eine bessere Umwelt- und Entwicklungspolitik ein und machten dazu, besonders in der Ökumenischen Versammlung, politikfähige Vorschläge.²¹ Heute aber fragt man rückblickend: Warum haben wir damals nicht die Systemfrage gestellt? Geschah es aus ökumenisch-freundschaftlicher Rücksicht, daß die Niederländer uns nicht zur Systemfrage aufforderten, oder waren sie – wie manche Linke im Westen – von einer anti-antikommunistischen Kritikhemmung befallen? Und waren wir DDR-Christen trotz der ständig erfahrenen wirtschaftlichen Engpässe betriebsblind, scheuten wir die politische Konfrontation, retteten wir uns in blauäugigen Optimismus? Dies alles will ich nicht apologetisch zurückweisen. Wohl aber muß die Gegenfrage gestellt werden, ob bei dieser heute gängigen Frage die geschichtliche Differenz zwischen Tatzeit und Erinnerungszeit und das Kriterium der Zeitge-

¹⁹ In der Teilnehmergruppe des Kirchenbundes waren ökonomischer, ökologischer, entwicklungspolitischer und soziologischer Sachverstand durch einen Diplomlandwirt, zwei Diplomingenieure, einen Soziologen und (zeitweilig) einen Biogenetiker vertreten. Es wird zu wenig daran gedacht, daß die politisch-gesellschaftlich marginalisierten Kirchen in der DDR für ihr sozialetisch-politisches Engagement auf das Expertentum ihrer ‚Laien‘ angewiesen waren und dem Einsatz der ‚Laien‘, die ihr Christsein wirklich ‚in‘ der Gesellschaft lebten, ungeheuer viel verdanken.

²⁰ Dies wurde nach dem Bericht über die erste Konsultation von H. Linnemann so formuliert.

²¹ 1989 wurde vom Facharbeitskreis ökumenische Diakonie des BEK und der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst ein gemeinsames Diskussionspapier zum Thema *Ost und West herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft* veröffentlicht, in dem die außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern einer kritischen Analyse unterzogen wurden und Möglichkeiten der Veränderung zu mehr Gerechtigkeit in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern vorgeschlagen wurden.

rechtheit des Handelns bedacht ist. Denn bei unseren Konsultationen sahen wir bis in den Januar 1989 in Amsterdam hinein unsere Aufgabe darin, die von Harry de Lange formulierte Frage zu beantworten: Was ist in den Niederlanden und was ist in der DDR auf dem Weg zu einer gerechten, partizipatorischen, ökologisch nachhaltigen Weltgesellschaft zu tun? Selbst zu diesem Zeitpunkt sah niemand voraus, daß die Ost-West-Spaltung zu Ende gehen und dabei ans Licht kommen würde, daß dies nicht zuletzt an der zusammenbrechenden Wirtschaft Osteuropas lag. Bis dahin aber war es unsere Aufgabe, ‚in‘ der sozialistischen Gesellschaft zu sondieren, welche nutzbaren Ansätze es gab und welche Schritte gangbar waren, um auch im Osten zu einer gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Weltgesellschaft unterwegs zu sein. Als jedoch die Zeit gekommen war, die Systemfrage zu stellen – warum waren da gerade die Kräfte der Veränderung so schlecht auf den sich abzeichnenden Wandel vorbereitet? Die Basisgruppen erwiesen sich im Herbst 1989 als erstaunliche politische Potenz zur Veränderung des „real existierenden Sozialismus“, aber sie zeigten sich politisch hilflos, als der Sozialismus als System zusammenbrach. Hätten wir nicht doch früher ‚üben‘ müssen, die Systemfrage zu stellen – vielleicht mit Hilfe unserer holländischen Freunde?

Bei der Diskussion über ökologische Probleme trat die Umorientierung vom quantitativen Wachstum zu Lebensqualität in den Mittelpunkt. In der DDR hatten die Kirchen keinerlei Einfluß auf wirtschaftspolitische Konzepte und Entscheidungen. Wir konzentrierten uns daher auf die theologischen, geistigen und spirituellen Grundorientierungen, auf eine kritische Analyse der Bedürfnisse, auf Lebensstil und Bildungsfragen, ohne freilich die sozioökonomischen Bedingungen und Konzepte aus dem Blick zu verlieren. In einer Gesellschaft, die das Schaufenster der bundesrepublikanischen Überfluggesellschaft ständig vor Augen hatte, die eigene Wirtschaft als Mangelwirtschaft erlebte und darum auf quantitatives Wachstum geradezu fixiert war, erwies sich diese Arbeit als wenig massenwirksam und politisch sehr konfliktrichtig, besonders wenn sie aus dem Kirchenraum in die Öffentlichkeit trat. Darum war es auch auf diesem Gebiet – wie in der Friedensfrage – für uns hilfreich, durch ökumenische Beziehungen und Arbeitsprogramme in unserer Arbeit bestärkt zu werden und für sie zu lernen. Harry de Lange sagte bei einem seiner vielen Besuche, er käme so gerne zu uns, weil er hier eine Kirche erlebe, die wirklich vom Ökumenischen Rat lerne.

In der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik waren die Handlungsmöglichkeiten des Kirchenbundes durch die wirtschaftliche Schwäche der DDR, durch die Unterwerfung der Südpolitik unter die außenpolitische Doktrin („Systemauseinandersetzung“) und durch den Käfig der nichtkonvertierbaren Währung eng begrenzt. Hilfsaktionen waren nur staatsnah im Rahmen der „internationalen Solidarität“ zu realisieren. In den achtziger Jahren und am deutlichsten in der Ökumenischen Versammlung übte die Kirche Kritik daran, daß auch die DDR die Entwicklungsfragen der Blockkonfrontation unterordnete und den Außenhandel mit Entwicklungsländern vorrangig am eigenen Interesse orientierte statt an dem Regulativ von „mehr Gerechtigkeit für die Dritte Welt und mehr Lebenschancen für die Ärmsten“.

Wegen unserer auf entwicklungspolitischem Gebiet besonders eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten war für uns der Austausch mit den niederländischen Partnern und Experten besonders wichtig. Die Konsultationen, wie die ökumenischen Beziehungen überhaupt, halfen den ostdeutschen Kirchen, den durch Ideologie oder Mauersyndrom verengten DDR-Blick auf die Welt zu korrigieren und zu öffnen.

All diese Konsultationen hatten eine kirchliche Voraussetzung. Sie konnten in West und Ost nur von Kirchen betrieben werden, die sich nicht als ‚civil religion‘, d.h. als Religion ihrer jeweiligen Gesellschaft verstanden, und die nicht bereit waren, in der Systemkonfrontation ihrer Gesellschaft die religiöse Legitimation und Selbstvergewisserung zu liefern. Von unseren beiden Kirchen wird man sagen können, daß sie sich zu ihrer Gesellschaft in ‚kritischer Solidarität‘ verhielten. In diesem Sinn hieß es beispielsweise für die Niederlande im Pastoralbrief der Generalsynode der Hervormde Kerk zur Frage der Kernwaffenrüstung vom November 1980: „Freiheit des Glaubens und Freiheit der Meinungsäußerung sind entscheidende Errungenschaften unserer Gesellschaft, für die wir dankbar sind. Wir machen uns keine Illusionen über politische Systeme, vor denen wir bewahrt bleiben wollen und die wir fürchten. Aber bekennd dürfen wir sagen: mit unserem Herrn können wir leben, gleichgültig unter welchem System. In keinem Fall rechtfertigt es der Schutz unserer Freiheiten, daß wir unsere Sicherheit auf die Vergewaltigung der Schöpfung und auf die mögliche Vernichtung all dessen gründen, was uns und unseren Gegnern lieb ist.“²²

An einer solchen Aussage wird deutlich, daß die Konsultationen zwischen niederländischer und ostdeutscher Kirche nicht zuletzt eine ekklesiologische Dimension hatten. Da die Konsultationen seit 1987 im Rahmen des Konziliaren Prozesses stattfanden und in dessen Dienst standen, verfolgten sie das Ziel, die Kirchen in ihren unterschiedlichen Sozialgestalten zu bewegen, zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung verpflichteten Kirchen in der Nachfolge Jesu Christi zu werden. Auf diese Weise war der status confessionis in der Friedensfrage, das Verständnis der Kirche als Friedenskirche und als Kirche der Armen im Gespräch. Der Begriff des Bundes aus der reformierten, vor allem aber aus der biblischen Tradition wurde aktualisiert. Unter den Bedingungen der DDR, wo die Kirche aus den formellen Strukturen der Gesellschaft ausgegrenzt war und dem Staat sozusagen gegenübertrat, ist dies ein Stück weit gelungen. In den achtziger Jahren führte ein langer synodaler Beratungsprozeß den Kirchenbund zu der bekenntnishaften *Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung*. Die Ökumenische Versammlung führte die christlichen Kirchen in der DDR zu ‚einem‘ ökumenischen Handlungssubjekt zusammen. Ihre Beschlüsse wurden von der katholischen Bischofskonferenz und der Synode des Kirchenbundes offiziell rezipiert. Die niederländischen Kirchen führten ihren dreijährigen Konziliaren Prozeß *Ein Bund für das Leben* durch.

Die Ökumenische Versammlung in der DDR war zwar für viele eine ökumenische Durchbruchserfahrung von nie gekannter Intensität. Sie konnte in

²² *Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung*, hrsg. von H.-U. KIRCHHOFF, Neukirchen 1982, S. 5.

den Kirchen aber nicht einwurzeln und Breitenwirkung entfalten, weil sie von dem unmittelbar folgenden politischen Umbruch überlagert, ja vom Tisch gefegt wurde. Der Konziliare Prozeß wurde zwar auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und auch auf europäischer Ebene weitergeführt, er verlor aber kirchlich-ökumenisch und auch politisch an Bedeutung.

Offene Fragen

Die Beschäftigung mit dem politischen Bedeutungsverlust ist nicht nur aus historischen, sondern auch aus aktuellen Gründen wichtig. Dieser Bedeutungsverlust gründet m.E. darin, daß der globale Problemhorizont, der die ökumenische Bewegung bewegte und einst den Konziliaren Prozeß provoziert hatte, zumindest in Deutschland aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden ist. Die Ökumenische Versammlung in der DDR war noch angetreten, um „im eigenen Hause zu verwirklichen, wozu wir global herausgefordert sind.“ Auch bei den neuen Parteien der Herbstrevolution fand sich allenthalben die Trias des Konziliaren Prozesses. Eben dies erwies sich im Fortgang als nicht mehrheitsfähig. Die ‚Wende‘ in Ostdeutschland, aber auch in Osteuropa wurde vielmehr als Start zu dem ‚Transformationsprozeß‘ einer längst überfälligen nachholenden Modernisierung verstanden, für die der Westen die technologischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Muster stellt. Dabei wurde – jedenfalls in Deutschland – die ‚Krise‘ der Moderne, der „Modernisierungsinfarkt“ (U. Beck) verdrängt – zunächst durch die Vereinigungseuphorie, dann durch den ‚Vereinigungsstreß‘. Was zählt schon das ferne Ozonloch im Vergleich zum Loch in unseren Bilanzen! Der Aufbau Ost wurde zum Nachbau West und zu der großen Baggerschaufel, mit der man die Krise der Moderne vor sich her schiebt, statt sie anzupacken. Die nachholende Modernisierung schlug den Ostdeutschen als Rückständigkeit aufs Gemüt und gedieh den Westdeutschen zu einer lange nicht erlebten Selbstbestätigung. Die sogenannte Vergangenheitsaufarbeitung wurde nicht nur einseitig den Ostdeutschen aufgeladen, sie blieb auch dem Denken in den Kategorien des Ost-West-Konfliktes verhaftet. Nur so konnte ausgeblendet werden, daß im Nord-Süd-Konflikt und im Konflikt mit der Natur der Westen – freilich mit dem Osten – eine gewaltige Last von Schuld abzutragen hat. Auch die vom Ende der Abschreckung erhoffte Friedensdividende für die Dritte Welt blieb fast völlig aus.

Die Fragen, die uns in unseren Konsultationen beschäftigt haben, liegen also – freilich z.T. in veränderter Gestalt – noch vor uns. Es bestätigte sich, was uns die niederländischen Freunde in den siebziger und achtziger Jahren immer wieder sagten: Der real existierende Westen ist keineswegs die Antwort auf unsere Fragen. Das war auch den Teilnehmern der letzten Konsultation im April 1990 in Erfurt bewußt. Sie war noch vor der ‚Wende‘ unter dem Eindruck der europäischen Ökumenischen Versammlung im Mai 1989 in Basel konzipiert worden und dann nach der ‚Wende‘ kurzfristig umgeplant worden. Ihr Thema lautete: *Die Kirchen im Haus Europa, der Konziliare Prozeß*

und seine ökonomische Dimension. An dem Bericht fällt auf, daß wir – von Situationsberichten abgesehen – sehr grundsätzlich und sehr unkonkret blieben.²³

Harry de Lange hatte bei der Vorbereitung dieser letzten Konsultation im August 1989 die Idee, daß wir im Rahmen des Konziliaren Prozesses so etwas wie eine neue „Bewegung für praktisches Christentum“ in ganz Europa bräuchten. Trifft der Eindruck zu, daß der europäische Protestantismus mit seinem Handeln auf der Ebene des sich vereinenden Europas noch nicht so recht Tritt gefaßt hat?

²³ Ein marxistischer Ökonom von der Humboldt-Universität Berlin, der jetzt natürlich problemlos teilnehmen konnte, vertrat die These, zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft kämen wir nur über den „Umweg“ einer „Anerkennung des Kapitalismus und seiner Rationalität“. Also auch von dieser Seite jetzt „nachholende Modernisierung“!